

Kritik des FDP-Wahlprogramms

http://www.welt.de/bin/FDP-Programmwurf_bn-230103179.pdf

Aussendung von Wilfried Müller vom 15.4.2021

Nachdem man das Programm der *Freien Demokratischen Partei Deutschlands* gelesen hat, ist viel eher Lob fällig als Kritik. Über weite Strecken hört sich das an wie die Stimme der Vernunft. Gleich auf den ersten Blick wirkt es seriöser als die Programme von SPD, Linken und Grünen, allein durch den Verzicht aufs Gendern. Aber es geht nicht um Äußerlichkeiten, sondern um Inhalte.

Das FDP-Programm beginnt mit einem Katalog von Mißständen: "Wie es ist, darf es nicht bleiben". Das habe die Pandemie gezeigt, gespürt habe man es schon vorher. Stimmt, die Mißstände sind wirklich nicht erst in den letzten Tagen eingerissen, sondern über Jahre und Jahre hinweg. Wo war die FDP all die Jahre? Wo war die Stimme der Vernunft? Im vorigen Bundestag war die FDP nicht drin, aber sonst immer, und überwiegend in der Regierung. Warum hat sie die Mißstände nicht behoben oder wenigstens angeprangert? Wenn die FDP ihre Stimme mit den Inhalten aus dem Wahlprogramm erhoben hätte, stünde sie jetzt anders da.

Angesichts der Realitätsblindheit von Rot/rot/grün hätte die FDP eine tragende Rolle in der Opposition spielen können. Ihr Wahlprogramm zeigt das Mehrfache an Realismus und Kompetenz, es verzichtet weitgehend auf Ideologie, und es glänzt durch rationale Einschätzungen. Ein paar kritische Punkte vorweg:

- Die allerwichtigsten Themen *Kontrolle der Übervölkerung* und *Roboterentwicklung* fehlen, wie auch *Beyond Meat*, und auch die FDP will *Aufrüstung*, während sie für *Abrüstung* plädiert.
- Der EU-Ausbau wird grundsätzlich befürwortet, allerdings mit konkreten Einschränkungen, wie es nicht sein soll. Insgesamt steht die EU für die FDP aber wohl nicht zur Diskussion.
- Von einer Bevorzugung der Wirtschaft gegenüber den Arbeitnehmern ist in dem Programm kaum etwas zu finden. Es gibt keinen Ansatz dazu, billige Arbeitskräfte ins Land zu locken.
- Auch im FDP-Wahlprogramm wird die enorme Verzichtleistung der Bevölkerung zugunsten EU- und Euro-Partnern und Asylmigranten nicht gewürdigt. Das Ausmaß an Undank ist geringer als bei Rot/rot/grün, weil zumindest rational damit umgegangen wird statt dogmatisch.

Auslese der Punkte (*Kommentare kursiv gesetzt, Hervorhebungen vom Autor*)

Viele haben dem Versprechen vertraut, dass Deutschland das Land bleiben könne, in dem wir gut und gerne leben, ohne dass wir etwas verändern müssen. Heute wissen wir: Das war falsch! - Wir haben uns in der Krise an die Basistechnologie Papier geklammert, als wären wir noch im 20. Jahrhundert. Schluss damit. Wir müssen unseren Staat umfassend modernisieren, damit wir endlich im 21. Jahrhundert ankommen. - **Wir setzen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft und wirtschaftliche Prosperität als Gegenmodell zum dirigistischen Staat**, der sich im Klein-Klein verzettelt und sich als Erziehungsberechtigter der Bürgerinnen und Bürger aufführt (*eine deutliche Absage an Rot/rot/grün*).

Wir Freie Demokraten setzen auf Freiheit, Rechtsstaat und Bürgerrechte, die auch in Krisenzeiten gelten und **nicht als "Privilegien"** abgetan werden dürfen, die uns **nach Belieben zugeteilt oder vorenthalten** werden können. - Wir stellen uns nicht zur Wahl, damit jemand etwas wird. Wir stellen uns zur Wahl, damit es unserem Land besser geht. (*vernünftigerweise soll es vor allem über Regelsetzungen, z.B. Steuerrecht geschehen, nicht über Willkür*).

Negative Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer als Liquiditätsoforthilfe - Negative Gewinnsteuer vom Finanzamt - Bürokratieentlastung - Für jede neue Belastung durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden ("One in, two out") - auch auf europäischer Ebene - Unternehmenssteuerlast auf 25 Prozent senken - bessere Bedingungen für Startups - Verbesserte Abschreibungsbedingungen - Mittelstand und unsere Hidden Champions stärken - Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien. **Der Weg zu immer mehr Nothilfen und Rettungsschirmen lässt sich nicht aufrechterhalten** - Beteiligungsbremse für den Staat -Anteile an Post und Telekom verkaufen (*für die Bahn wird später ein guter Vorschlag gemacht*).

Für junge und mittelständische Unternehmen brauchen wir bessere Wettbewerbsbedingungen (*also doch Eingriffe?*) - Abschluss weiterer Freihandelsabkommen vorantreiben - Welthandelsorganisation (WTO) weiterentwickeln - umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen - Umdenken in der Steuerpolitik: Abgabenquote unter 40 Prozent senken! (*von derzeit 41,4%*) - Von Gehaltserhöhungen greift sich der Staat mehr als die Hälfte - Spitzensteuersatz ... erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro - ... derzeit ab 1,4-fachen des durchschnittlichen Bruttogehalts aller Arbeitnehmer in Deutschland ... Im Jahr 1965 lag dieser Wert noch beim 18-fachen.

Automatische Steuererhöhungen verhindern (Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge anpassen) - Solidaritätszuschlag komplett abschaffen - Easy Tax -Einfache Steuererklärung - Bagatell- und Lenkungssteuern abschaffen - Steuerliche Erleichterungen für Homeoffice - Doppelbesteuerung von Renten verhindern - Wiedereinführung einer Spekulationsfrist von drei Jahren für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren - Den Sparerfreibetrag

wollen wir deutlich anheben (*keine Stellungnahme zu Nullzins*) - **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** (*nicht schlechter als bei der SPD*).

Im Jahr 2025 (sollen) in Deutschland 25 Prozent des BIP investiert werden ... vor allem privat - Höchstens 50 Prozent Sozialausgaben im Bundeshaushalt! (*angesichts des Wildwuchses ist das nicht unsozial*) - Schuldenstandsquote Deutschlands zügig wieder unter die 60-Prozent-Marke (*ob das heutzutage noch Sinn macht, wenn sich alle immer weiter verschulden?*)

Zukunftsfonds zur Startup-Finanzierung ausbauen - Gründungszuschuss in allen Lebenslagen - faire Besteuerung für alle Unternehmen weltweit. auf OECD- und G20-Ebene - kein Alleingang der EU - transparenten Steuerwettbewerb innerhalb der Europäischen Union - Steuerhinterziehung und unlauteres Steuerdumping mit wirksamen und verhältnismäßigen Mitteln bekämpfen (*interessant wäre zu wissen, welche das sein sollen, wo doch bisher nichts gewirkt hat*).

Allgemeine Punkte (*Kommentare kursiv gesetzt, Hervorhebungen vom Autor*)

Ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bildung investieren - bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur - wir leisten uns 16 verschiedene Schulsysteme, Lehrpläne und Prüfungsordnungen, aber stellen nicht sicher, dass die Schulbildung deutschlandweit höchste Qualität hat - **jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten**, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet - Schulen und Kitas finanziell stärken - Talentschulen nach ... erfolgreichem Konzept der Talentschulen in Nordrhein-Westfalen - Frühkindliche Bildung stärken - **jedes Kind** (braucht) mindestens **ein Jahr vor der Einschulung** ... einem **Deutschtest** - MINT-Bildung frühzeitig stärken - Mädchen und Frauen gezielt fördern (*kleine Abweichung von der Diskriminierungsfreiheit*).

(Wir) fordern MakerSpaces an Schulen ...Kreativzonen, ... digitale Medien ...Schulfach Wirtschaft und Informatik - Digitalpakt 2.0 (*es werden vielerlei konkrete Programme aus Informatik und BWL gefordert*) - mehr Flexibilität im System der beruflichen Bildung ermöglichen - Qualitätsoffensive für die Hochschullehre (*nicht erwähnt sind Jobs für Bettelprofessoren und Mittelbau*).

Wissenschaftsfreiheit verteidigen (*wohl als Reaktion auf Cancel Culture und Wokeism*) - Föderalismus- und Verwaltungsreform - negative Gewinnsteuer, bei der Verluste aus dem aktuellen Jahr mit Gewinnen der Vorjahre verrechnet werden können (*für Probleme wie Corona*) - Behörden zu One-Stop-Shops machen (*alles an einem Ort und zur selben Zeit erledigen*).

Bioökonomie: Wohlstand und Nachhaltigkeit zusammenbringen - **Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote** - Mobilität ist Freiheit - **Innovationen statt Verbote** - Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sind weder progressiv noch nachhaltig - Ein pauschales **Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab** - bei der Schiene Infrastruktur und Bahnbetrieb trennen und den Betrieb privatisieren. Das Netz soll im Eigentum des Bundes bleiben.

Die Luftverkehrssteuer abschaffen - die von der EU festgelegten CO₂-Flottengrenzwerte und die aktuellen Subventionen im Fahrzeugbau **auf den Prüfstand stellen** - flächendeckenden Ausbau von Schnellladesäulen - auf Subventionen wie die Kaufprämie .. verzichten.

(Wir) fordern ein Ministerium für Digitale Transformation - Gigabit-Gutscheine - Virtuelle Verwaltungen - KI-Roadmap (*Probleme der Robotentwicklung nicht angesprochen*).

Die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein - mehr Frauen in Führungspositionen - **statt starrer Quoten** ... Selbstverpflichtungen - gleiche Bezahlung für gleiche Leistung - (bei großen Firmen.>500 Mitarbeiter) Gender Pay Gap auswerten und veröffentlichen - freie Wahl bei der Altersvorsorge für Selbstständige ... Zick-Zack-Lebensläufe (nicht benachteiligen).

Krankenhäuser finanziell absichern - Strukturreform im stationären Sektor muss verantwortungsvoll weiterentwickelt und Fehlanreize für eine Überversorgung und ein Überangebot an Krankenhausleistungen bereinigt werden (*also mit Privatisieren weitermachen*) - Unabhängigkeit des Robert Koch-Instituts sichern (*trotz der Desinformation mit den zufällig erfassten Infektionszahlen und der problematischen Rechnerei damit*) - Gesundheitswesen digitalisieren und entbürokratisieren.

Kontrollierte Abgabe von Cannabis - Selbstbestimmung auch am Lebensende - liberales Sterbehilfegesetz - Entbürokratisierung für die Pflege - Kinderchancengeld - Adoptionsrecht für alle (*die FDP zeigt sich recht modern*) - Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen - Wechselmodell (für Kinder bei ihren Eltern).

Selbstbestimmung und Transparenz beim Datenschutz - Datenwirtschaftsordnung - bürokratischer Aufwand der Verpflichtungen muss überprüft werden - liberale Datenpolitik - Recht auf Verschlüsselung einführen - **keine Totalüberwachung** mittels Online-Durchsuchung - keine Vorratsdatenspeicherung - flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ... ab.

Bargeld erhalten, Krypto-Währungen fördern - Strafprozesse effektiver, schneller, moderner und praxistauglicher machen - Digitalpakt für die Justiz - Legal Tech nutzen - bessere Ausstattung und Ausrüstung der Polizei.

(Wir) **lehnen ... eine bevormundende Verbraucherpolitik ab** - SmartContracts (digital) - Netzwerkdurchsetzungsgesetz abschaffen - Opferschutz bei Straftaten und Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet stärken.

Einen moderneren und **schlankeren öffentlich-rechtlichen Rundfunk** (ÖRR), der sich primär auf Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen konzentrieren soll. Im Internet sollte der ÖRR auf Bereiche begrenzt sein (*aber die Zwangsgebühr bleibt*).

Punkte zu Deutschland und EU (*Kommentare kursiv gesetzt, Hervorhebungen vom Autor*)

Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler (<=10 Jahre) - Bundestag verkleinern - Wahlrecht ab 16 - politischen Extremismus aus allen Richtungen lehnen wir ebenso ab wie religiös oder nationalistisch motivierten Extremismus - gegen Rechtsextremismus und Rassismus - gegen jede Form des Antisemitismus - gegen Homo- und Transfeindlichkeit - gegen islamistische Radikalisierung - alle bestehenden Präventions- und Deradikalisierungsprogramme bewerten lassen.

Der Verfassungsauftrag der Ablösung der Staatsleistungen (soll) vollzogen werden - kirchliche Privilegien im Arbeitsrecht abgeschafft - liberalen und progressiven Muslimen, die weniger in den muslimischen Verbänden organisiert sind, ein stärkeres Gewicht einräumen. Ziel muss es sein, dass **Glaubensgemeinschaften nicht aus dem Ausland gesteuert** und finanziert werden, sondern von ihren Mitgliedern in Deutschland. Ein wichtiger Schritt hierzu ist die Ausbildung von Imamen in Deutschland (*so gut es ist, gegen die Religionsprivilegien anzugehen, wird bei der Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte derselbe Fehler wie woanders gemacht: Niemand will die Imame, die hier ausgebildet werden*).

Entschuldung der Kommunen - **Wer bestellt, bezahlt! Wer sich verschuldet, haftet!** - Diejenigen, die gut wirtschaften, müssen (jetzt) die Risiken derjenigen mittragen, die schlecht wirtschaften - Sport und Tourismus und Kultur stärken - Urheberrecht stärken - Vorbild des amerikanischen "Fair Use Prinzips" - Bagatellklausel für private Nutzungen, die keine wirtschaftlichen Folgen haben - staatliche Informationen nicht länger mit Verweis auf das Urheberrecht, **quasi als Geheimschutz** durch die Hintertür, der Öffentlichkeit vorenthalten.

Emissionshandel schnellstmöglich auf alle Emissionen ausweiten (*dies ist das Grundprinzip, das die FDP antelle von vielfachen Vorschriften propagiert*) - Internationale Maßnahmen anrechnen - Aufforstungen und den Schutz bestehender Wälder - Regenwälder ... erhalten. Dafür müssen **negative Waldbilanzen global geächtet** werden.

Ausweitung des Europäischen CO₂-Emissionshandels auf den gesamten Verkehrssektor. Dadurch können die bestehenden Maßnahmen zur CO₂-Reduktion im Verkehr beendet werden. Viele der beschlossenen **Verbote, Subventionen und Fördermaßnahmen** zur Senkung des CO₂-Ausstoßes im Verkehr **führen nicht zu einer Reduktion, sondern lediglich zu steigenden Kosten und Marktverzerrung** - Klimafreundliche synthetische Kraftstoffe (Power to Liquid).

Speichertechnologien als Schlüssel für klimaneutrale Energiewirtschaft - Carbon Leakage verhindern - Artensterben bestmöglich verhindern (*hier fehlt ein Ansatz zur Geburtenkontrolle und zu Beyond Meat*).

(Für) außenpolitisch starke EU - Konferenz zur Zukunft Europas (das läuft auf Augenwischerei hinaus, Demokratie ist was anderes als Ausgesuchte diskutieren lassen) - **Verfassung der Europäischen Union als Bundesstaat** - über die neue Europäische Verfassung sollen die Bürgerinnen und Bürger der EU **in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung entscheiden** (*was ist, wenn sie nein zum Bundesstaat sagen?*) - Grundlage für einen föderal und dezentral verfassten Europäischen Bundesstaat schaffen - starkes EU-Parlament - einen festen Tagungsort haben und selbst über seinen Sitz entscheiden können (*die einzige Partei, die Straßburg in Frage stellt*).

Strategische Souveränität der EU anstreben (ob das realistisch ist?) - gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa - **für eine Europäische Armee** - neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich - **EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden** und ein neues Verhältnis zwischen der Türkei und der EU - EU-Energieaußenpolitik - neues Rechtsstaatsinstrument (*gegen Ungarn & Co.*).

Euro: **klare Regeln, die vor allem auch eingehalten werden** - BaFin neu aufstellen - die **bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen** bei der europäischen Regulierung von Banken und Versicherungen **schrittweise beenden** - Auch Staatsanleihen müssen risikoadäquat mit Eigenkapital unterlegt werden - (die) gemeinsame europäische Einlagensicherung ... würde die Probleme einiger nationaler Bankensysteme auf die Gemeinschaft abwälzen und wird daher von uns abgelehnt (*wo war die Stimme der FDP, als die Schuldenunion durchgedrückt wurde?*)

Verfahren für geordnete "Staatsinsolvenzen" - bevor an ein Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds (EWF) fließen, muss es künftig eine Beteiligung der privaten Gläubiger dieses Staates an den Stabilisierungslasten geben - ESM zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen (*nach den verbrannten Milliarden?*).

Schnell zu einer **schuldenfreien EU ohne eigene Steuern** zurückkehren - eine **Schuldenunion lehnen wir ab** (*wie geht eine EU als Bundesstaat ohne Schuldenunion?*)

Punkte zu Migration und Sonstigem (*Kommentare kursiv gesetzt, Hervorhebungen vom Autor*)

Modernisierung der Bundeswehr - neue Impulse für Rüstungskontrolle und Abrüstung (*Widerspruch zu EU-Armeeaufbau oben*) - 75 Jahre nach ihrer Gründung müssen die **Vereinten Nationen dringend reformiert** werden - die Ursachen von menschenunwürdigen Lebensumständen in weniger entwickelten Ländern zu bekämpfen, **statt nur die Symptome zu behandeln** - **Frauenrechte sind Menschenrechte** - für eine europäisch abgestimmte Afrikapolitik.

Einwanderung in den Arbeitsmarkt steuern - Punktesystem nach **kanadischem Vorbild** - für gut integrierte geduldete Schutzsuchende ... Einwanderung in den Arbeitsmarkt - wollen wir zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlings und dauerhaften Einwanderern unterscheiden. - für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen unbürokratischen Status schaffen - einen vorübergehenden humanitären Schutz, der **auf die Dauer des Krieges begrenzt** ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei **nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren**.

Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehört auch eine **konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht** durch Abschiebung und die Schaffung von ausreichend Abschiebehaftplätzen - verbindliche Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Staaten - **Sekundärmigration verhindern** ... feste Zuständigkeit für 8 Jahre - Asylanträge (können) auch im Ausland in den Europäischen Botschaften gestellt werden.

Frontex ausbauen für Außengrenze und Seenotrettung - fordern ein **integrationspolitisches Leitbild**. Dieses umfasst das Grundgesetz mit seinem Grundrechtekatalog, ist religionsunabhängig und spiegelt die gesellschaftliche Vielfalt in Einheit wider. Es soll die Prinzipien Weltoffenheit, Toleranz und Eigenverantwortung als Grundlage der Integration betonen. Sprach- und Integrationskurse müssen daher vom ersten Tag an flächendeckend und kostenlos **angeboten, aber auch angenommen** werden. Ziel der Integrationskurse muss es vor allem sein, den **Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann sowie die Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens** - wir wollen eine Integrationspolitik, die Vielfalt begrüßt und daher Einwanderer einlädt, **Teil unserer Gesellschaft zu werden, ihnen aber auch eine eigene Integrationsleistung abverlangt** (*wenn die FDP das immer laut und deutlich gefordert hätte, stünde sie jetzt besser da*).

Unser Land ist auf Einwanderung angewiesen (*angesichts der Roboterentwicklung stimmt das nicht*) - Erwerb der Staatsangehörigkeit nach vier Jahren erleichtern - wenn ... mit gültigem Aufenthaltstitel straffrei in Deutschland gelebt hat und Sprachkenntnisse sowie die **vollständige Deckung des Lebensunterhaltes auch der Familie nachweisen** kann (*im Gegensatz zu den fast bedingungslosen Einbürgerungswünschen von Rot/rot/grün*).

Trendwende - von der planwirtschaftlichen Energiepolitik hin zu Innovation und Wettbewerb - erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen - die Förderung nach dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetzes) beenden - **gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatlich garantierte Abnahmepreise lehnen wir ab** - Kriterien für Versorgungssicherheit mit Energie gesetzlich festschreiben (*solcher rationaler Umgang fehlt bei Rot/rot/grün völlig*).

Deutschland importiert heute rund 70 Prozent seines Energiebedarfs und wird auch künftig auf die Einfuhr von Energieträgern angewiesen sein. Daher müssen wir jetzt beginnen, den Import klimaneutraler Gase und Kraftstoffe voranzutreiben - europäische Wasserstoffunion - Smart Grids und künstliche Intelligenz.

Die europäische Agrarpolitik braucht ein Update (*ja, aber Beyond Meat fehlt hier*) - Waldschutzoffensive für artenreiche Wirtschaftswälder - Land- und Forstwirtschaft die Anpassung an Klimaveränderungen erleichtern - Nationalen Aktionsplan für Gewässer und Wassermanagement erarbeiten (*mal national, mal EU, nach unklaren Regeln*). - europaweites Tierwohllabel - Smart Farming - nachhaltige Landwirtschaft durch neue Technologien (*auch Gen-*).

Wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom **Eigenheim für mehr Menschen** erfüllen lässt - Baukosten-TÜV - Vorrang für Wohnungsbau -

Baugenehmigungen beschleunigen: Legt der Bauherr alle Unterlagen vor, reagiert die Behörde aber innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht auf den Antrag, so gilt der Antrag als genehmigt und die Bautätigkeit kann beginnen - digitaler Bauantrag

(Das) Liberale Bürgergeld. Wir wollen steuerfinanzierte Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld II, die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen - selbstverdientes Einkommen soll geringer als heute angerechnet werden - **bessere Hinzuverdienstregeln beim Arbeitslosengeld II** - Schonvermögen in der Grundsicherung ausweiten.

Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisieren. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine höhere Rente - Einführung einer Gesetzlichen Aktienrente ... Schweden macht uns seit Jahren vor, wie Aktien-Sparen so erfolgreich und risikoarm organisiert werden kann (*bloß dass unsere Rente eine Umlage ist und nichts Gespartes*) - **Wer gearbeitet und eingezahlt hat, muss im Alter immer mehr haben als die Grundsicherung und auch mehr als derjenige, der das nicht getan hat** - Investitionsmöglichkeiten für Altersvorsorge -Anlagevorschriften öffnen (*Geld an Hedgefonds?*) - Gesetze und Satzungen mit beschränkenden

Altersgrenzen sollen auf ihren möglichen diskriminierenden Charakter hin überprüft und eine Aufhebung oder Anpassung nach sach-und leistungsgerechten Kriterien vorgenommen werden (*das sollte generell für alle Fristen gelten, unterhalb derer die Leistung einfach verfällt*).

Fazit des Autors

Das Wahlprogramm zeigt, da hat man generell nachgedacht und moderne Konzepte eingesammelt, ökonomisch wie digital. Anders als Rot/rotgrün ist die FDP eine Partei, die rational mit EU, EEG und Migration umzugehen verspricht. Sie ist eine Partei, die Forderungen aus der Sicht der deutschen Bevölkerung erhebt, und nicht bloß aus der Sicht von EU/Eurozone und dem Rest der Welt. Die formulierten Ziele sind unternehmerfreundlich, aber durchaus auch arbeiterfreundlich. Gespart werden soll bei unausgegorenen Projekten sowie bei Menschen, die nicht (hier) gearbeitet haben.

Insgesamt wird gut abgewogen. Es wird nicht bedingungslos nach Ideologie argumentiert, sondern überlegt nach Ratio. Die FDP verzichtet darauf, die Welt zu retten. Damit legt sie ein Programm vor, das viel professioneller wirkt als die Programme von Rot/rot/grün. Es wirkt in der Relation erwachsen gegenüber kindlichem Überschwang, der bis ins Kindische geht, wo er Bevormundung als Freiheit verkaufen möchte. Bei dem FDP-Programm gewinnt man den Eindruck, dass da welche wissen, wovon sie reden. Das ist gut gemacht - aber ob es ernst gemeint ist und sich als durchsetzbar erweist, ist eine andere Frage.
